panorama

Profil vor der Wahl

Die Unions-Rechtsaußen Franz Josef Strauß und Alfred Dregger bewiesen vorige Woche erneut, wer in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Ton angibt. Gegen die Bedenken von Fraktionschef Karl Carstens und zahlreicher Unionsabgeordneter setzten sie durch, daß der Ex-Juso-Chef, Parteien-Wechsler und Strauß-Intimus Günther Müller stellvertretendes Mitglied und der bisher weithin unbekannte Stellvertreter Dreggers in der hessischen CDU, Landgerichtsrat Walter Wallmann, sogar Vorsitzender des Guillaume-Untersuchungsausschusses wird. Bayerns CSU- und Hessens CDU-Chef setzen darauf, daß sich ihre Schützlinge durch scharfe Fragen an die als Zeugen benannten Koalitionspolitiker Willy Brandt, Horst Ehmke und Hans-Dietrich Genscher in der Öffentlichkeit profilieren werden. In Bayern und Hessen sind im Herbst Landtagswahlen.

Beamten-Boom in Mainz

CDU-Chef Helmut Kohl, seit 1969 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, steht in Mainz wegen der Aufblähung seines Beamten-Apparats unter Beschuß: Er hat die Zahl der Landes-Ministerialräte in seiner Amtszeit fast vervierfacht (1969: 48; 1974: 180). Nachdem Parteifreund Karl Carstens unlängst in der Bonner Debatte über die Regierungserklärung noch Personalausweitungen beim Bund (seit 1969 um 12 Prozent) als „typisches Kennzeichen der sogenannten sozialliberalen Politik" und „zunehmende ... Verbürokratisierung großer Teile unseres gesellschaftlichen Lebens" gerügt hatte, mußte der Mainzer Finanzminister Johann Wilhelm Gaddum jetzt auf eine SPD-Anfrage zugeben, daß in Rheinland-Pfalz inzwischen sogar 21 Prozent mehr Beamte das Land verwalten als noch vor fünf Jahren. Der Landesrechnungshof entdeckte im Mainzer Regierungsapparat — etwa im Sozialministerium — eine „Aufblähung der Zahl der Referate", für die „keine Notwendigkeit" bestehe. Und in Kohls Staatskanzlei sowie in der Bonner Landesvertretung gestand Minister Gaddum gar ein Beamten-Plus von 50,1 und 126,5 Prozent ein. Der rheinland-pfälzische SPD-Oppositionschef Wilhelm Dröscher verlangt jetzt eine Entscheidung von Kohl: „Entweder er korrigiert Herrn Carstens, oder er akzeptiert dessen bösartige Interpretationen für die eigene Mainzer Regierungsarbeit."

Kampf gegen Zuschuß

Bonns Haushaltsausschuß muß in der nächsten Woche darüber entscheiden, ob ein politisch unbotmäßiger Verein weiterhin Bundeszuschüsse erhalten soll: die Deutsche Afrika-Gesellschaft (D.A.G.), einstmals unter der Ägide des Ex-Parlamentspräsidenten Eugen Gerstenmaier Hort deutscher Afrika-Schwärmer, seit vier Jahren aber auf stramm anti-kolonialistischem Linkskurs. Weil die Afrika-Gesellschafter es gewagt hatten, im Nahost-Konflikt für die Araber Position zu beziehen, war ihnen vom Haushaltsausschuß im Dezember vorigen Jahres die Hälfte ihres Staats-Zuschusses von insgesamt 453 000 Mark gesperrt worden. Gegen die Freigabe, über die nun entschieden werden soll, hat ein alter Afrika-Kämpfer wacker gestritten. Der pensionierte Botschafter Hans-Wilhelm Lippoldes, Alt-Ostafrikaner, schrieb am 17. Mai 1974 an die Mitglieder der Afrika-Gesellschaft und forderte sie auf, nachträglich den Wahlen und Beschlüssen der letzten D.A.G.-Mitgliederversammlung vom 23. März zu widersprechen. Der Vorstoß hatte jedoch nur mäßigen Erfolg: Von 800 D.A.G.-Mitgliedern widersprachen lediglich 41.

Deutscher Rebellen-Funk

Die Kölner Deutsche Welle überraschte ihre Hörer in Afrika vergangene Woche mit Parolen gegen die Regierung des Tschad und gegen den „Weltzionismus" sowie mit anti-französischer Propaganda. Um die Bemühungen zur Freilassung des vor sieben Wochen entführten Entwicklungshelfers Christoph Staewen zu unterstützen, mußte sich die „Stimme Deutschlands" als Stimme der Rebellenbewegung Frolinat betätigen: Über den Sender wurde am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag ein 15-Minuten-Manifest der Aufständischen in französischer und arabischer Sprache verlesen; damit erfüllte die Deutsche Welle eine Bedingung für die Freilassung des Deutschen und zweier französischer Experten. Staewen, ein Neffe von Bundespräsident Heinemann, hatte bis zu seiner Entführung eine Krankenstation in Bardai im nördlichen Tschad geleitet. Nen Tschad-Behörden und einer deutsch-französischen Kommission war es schließlich gelungen, mit den Entführern Funkkontakt aufzunehmen. Dabei nannten diese ihre Forderungen: 2,5 Millionen Mark und die Publicity über die Deutsche Welle. Ohne Absprache mit dem Sender gab das Auswärtige Amt eine Zusage; die Kölner fühlen sich deshalb zur Sendung erpreßt: Sie fürchten Nachahmungen

„CDU-Freunde am ehesten geeignet"

In einem Schreiben mit dem Vermerk „Vertraulich — nur zur persönlichen Information" an die Delegierten des CDU-„Landesfachausschusses Kulturpolitik" faßte der Vorsitzende der CDU-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag, Uwe Barschel, seine Vorstellungen zur „Bildungspolitik vor der Landtagswahl" zusammen. Der Ausschuß-Vorsitzende Wolfgang Hubrich begrüßte die Thesen Barschels als „das seit langem erwartete Konzept zur Bildungs- und Schulpolitik". Auszug:

Die politischen Verhältnisse im Lande müssen sich in der Personalpolitik widerspiegeln. Der linke Marsch durch die Institutionen macht Lehrer- und Rektorenstellen hochpolitisch. Der Extremistenerlaß ist gerechtfertigt. In der Beförderungspraxis muß sichtbar — und zwar *geräuschlos* — werden, daß unsere Regierung CDU-Freunde am ehesten für geeignet hält, CDU-Politik an Ort und Stelle zu verwirklichen ... Die Schulaufsicht muß den politischen Willen der Regierung vollstrecken. Dieser Wille darf nicht (nur) zu erahnen sein. Er muß sich eindeutig aus allen Erlassen und Richtlinien ergeben ...

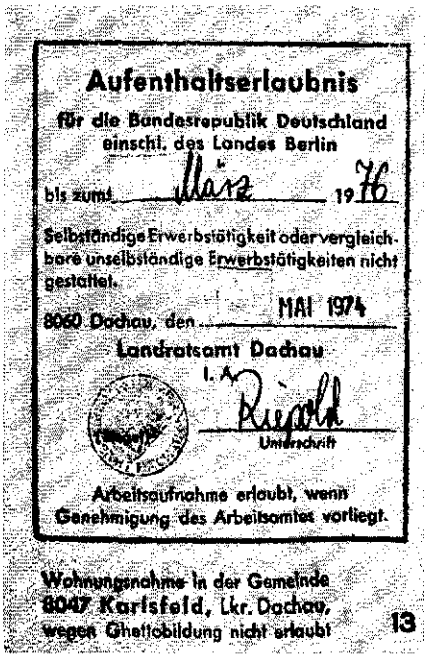
CDU-Fraktionschef Barschel

Jede Reform muß bis ins Detail vorbereitet sein, um ihre Wirkung zu erzielen und nicht neue Probleme zu schaffen ... Neue Reformankündigungen sollten unterbleiben ... Die CDU muß ostentativ auch vor der Wahl auf neue Reformen verzichten. Dabei kommt ihr die Reformmüdigkeit der Öffentlichkeit zugute.

anderer Rebellen-Organisationen. Auch die Regierung des Tschad war empört und brach am 12. Juni die diplomatischen Beziehungen zu Bonn ab.

Angst vor „Ghettobildung"

Das von der bayrischen CSU-Regierung propagierte „Rotationsprinzip" gegenüber ausländischen Arbeitnehmern wird von Kreis- und Bezirksbehörden des Freistaats neuerdings auf dubiose Weise unterstützt. So motiviert das Landratsamt in der ehemaligen KZ-Stadt Dachau die vom Münchner Innenministerium genehmigte Zuzugsperre für Ausländer mit Stempelvermerken in den Reisepässen: „Wohnungsnahme ... wegen Ghettobildung nicht erlaubt" (Abb.). Vorausgegangen war ein Beschluß der Dachauer Kreisgemeinde Karlsfeld (14 600 Einwohner; Gastarbeiter-Anteil: 24 Prozent), wo-



nach Ausländer zwar im Ort arbeiten, aber sich dort nicht mehr niederlassen dürfen. Ähnlich verfuhr vorletzte Woche die Regierung von Oberbayern, als sie einen (beinahe einstimmigen) Beschluß des Münchner Stadtrats aufhob, dem zufolge ausländische Arbeitnehmer nach etwa fünf Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhalten könnten.

Zitat

„Ich halte es für eine ganz schlimme Sache, daß bei uns die jungen Menschen sechs, sieben, acht, neun Jahre lang studieren. Du lieber Gott! Dann werden sie aufs Leben losgelassen und bringen erst einmal alles durcheinander!" (Bundeskanzler Helmut Schmidt).